

Ein Platz in der Schule für jedes Kind

Jedes Kind hat das Recht auf eine gute Bildung. Das legt die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen fest. Alle Staaten der Welt haben sich dazu bekannt und mit den Millenniumszielen im Jahr 2000 unter anderem beschlossen, dass bis zum Jahr 2015 jedes Kind die Chance haben soll, zumindest die Grundschule zu besuchen und auch abzuschließen. UNICEF und viele Partner haben dazu beigetragen, dass die Einschulungsrate weltweit gestiegen ist. Heute gehen weltweit 85 von 100 Kindern zur Schule. Zum Vergleich: In den 1960er Jahren waren es nur 50 von 100.

Die aktuellen Berechnungen der Vereinten Nationen zeigen jedoch: Das Millenniumsziel, allen Kindern eine Grundschulbildung zu ermöglichen, wird verfehlt, wenn die Regierungen ihre Anstrengungen nicht rasch verstärken und deutlich mehr Mittel zum Ausbau der Grundbildung bereit stellen. Weltweit sind derzeit etwa 72 Millionen Kinder nicht eingeschult. Rechnet man die Kinder hinzu, die formal in der Schule sein müssten, aus verschiedenen Gründen aber den Unterricht nicht besuchen können, liegt die Zahl bei bis zu 101 Millionen.

Nach Berechnungen der Vereinten Nationen fehlen jährlich etwa 16 Milliarden US-Dollar, damit jedes Kind einen Platz in der Grundschule hat. Deshalb müssen sowohl die Geber- als auch die Entwicklungsländer jetzt umso dringender in Bildung für Kinder investieren. Deutschland muss dabei eine internationale Vorreiterrolle spielen. Gemäß seiner Wirtschaftskraft steht Deutschland in der Verantwortung, einen größeren Beitrag zu leisten als bislang.

Jedes zweite Kind, das nicht in die Schule geht, lebt im südlichen Afrika. Dort waren im Jahr 2007 etwa 32 Millionen Kinder an keiner Schule angemeldet. Hinzu kommen die Kinder im schulpflichtigen Alter, die zwar formal eingeschult sind, den Unterricht aber nicht besuchen können - zum Beispiel, weil sie arbeiten müssen, das Geld für Schulmaterial fehlt oder die Schule zu weit entfernt ist. Insgesamt wird so nach UNICEF-Schätzungen rund 45,5 Millionen Kindern im südlichen Afrika das Recht auf Bildung verwehrt - das ist jedes dritte Kind in der Region.

Wichtige Fakten und Zahlen

- Nach Angaben der Vereinten Nationen sind 72 Millionen Kinder weltweit nicht eingeschult, 32 Millionen davon im südlichen Afrika. UNICEF rechnet damit, dass insgesamt etwa 101 Millionen Kinder, die formal zur Schule gehen sollten, derzeit den Unterricht nicht besuchen können. Sie brechen zum Beispiel die Schule schon nach kurzer Zeit wieder ab, machen keinen Abschluss oder können wegen bewaffneter Konflikte nicht zur Schule gehen.
- UNICEF schätzt, dass zwei Drittel der Kinder, die weltweit nicht zur Schule gehen, in Krisengebieten aufwachsen. Diese Kinder sind meist besonders von Armut und Unterernährung betroffen. Viele werden auf der Flucht von ihren Eltern getrennt. Viele Flüchtlingskinder haben psychische Probleme und Lernschwierigkeiten und erhalten wenig Hilfe und Förderung.
- In West- und Zentralafrika sowie in Südasien sind Mädchen bei der Grundbildung weiterhin klar benachteiligt. 57 Prozent der Mädchen und 64 Prozent der Jungen sind in West- und Zentralafrika eingeschult, in Südasien sind es 79 Prozent der Mädchen und 83 Prozent der Jungen. Insgesamt haben sich die Einschulungsraten von Jungen und Mädchen jedoch angenähert. Derzeit sind weltweit 54 Prozent der Kinder, die nicht eingeschult werden, Mädchen.
- 759 Millionen Erwachsene können nicht lesen und schreiben. Das sind etwa 16 Prozent der Weltbevölkerung.
- Kinderarbeit ist einer der Hauptgründe dafür, dass Kinder nicht zur Schule gehen. Nach Schätzungen von UNICEF müssen 150 Millionen Kinder zwischen 5 und 14 Jahren arbeiten, viele von ihnen unter ausbeuterischen Bedingungen.
- Bildung rettet Leben. Kinder, deren Mütter lesen und schreiben können, sterben wesentlich seltener vor ihrem fünften Geburtstag als Kinder, deren Mütter Analphabetinnen sind. Denn Mütter mit Grundschulbildung wissen mehr über Gesundheit und haben mehr Möglichkeiten, sich Rat und Unterstützung zu holen.

Der Beitrag Deutschlands

Der Gesamtbeitrag Deutschlands zur weltweiten Entwicklungshilfe liegt mit 0,41 Prozent des Bruttonationaleinkommens deutlich unter den versprochenen 0,7 Prozent. Auch zur Verwirklichung des Millenniumsziels Nummer 2, allen Kindern eine Grundbildung zu ermöglichen, leistet Deutschland noch zu wenig. Nach Einschätzung von UNICEF Deutschland und anderen Nichtregierungsorganisationen müsste Deutschland gemäß seiner Wirtschaftskraft rund 777 Millionen US-Dollar* – umgerechnet etwa 540 Millionen Euro – für Grundbildung bereit stellen, damit die Finanzierungslücke in Höhe von 16 Milliarden US-Dollar weltweit geschlossen werden kann. Im Jahr 2007 zahlte Deutschland nach Angaben der Bundesregierung nur 62 Millionen Euro für Grundbildung aus.

Insgesamt wendet Deutschland rund eine Milliarde Euro für Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit auf. Davon entfallen jedoch 701 Millionen Euro, also mehr als zwei Drittel, auf Studienplätze in Deutschland für Studierende aus Entwicklungsländern. Die Mittel fließen also nicht in den Aufbau der Grundbildung in den Entwicklungsländern, sondern bleiben überwiegend in Deutschland.

Deshalb fordert UNICEF Deutschland die Bundesregierung auf:

1. In Bildung investieren!

Die Bundesregierung soll ihr Versprechen einlösen und 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungshilfe investieren.

Sie muss deutlich mehr für den Ausbau der Grundbildung für Kinder in besonders benachteiligten Ländern bereitstellen.

2. Bildung bei den Staatschefs zum Top-Thema machen!

Die Bundesregierung soll sich bei den G8 und G-20-Staaten dafür einsetzen, dass alle Geberländer gemeinsam 16 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Grundbildung aufbringen. Deutschlands gerechter Anteil liegt bei mindestens 777 Millionen US-Dollar* im Jahr. Das ist weniger als die Bundesbürger in einem halben Jahr für Video- und Computerspiele ausgeben. Nur so können endlich alle Kinder die Grundschule besuchen und abschließen.

3. Gemeinsam mit Afrikas Regierungen für Grundbildung!

Die Bundesregierung soll das Thema Bildung im Dialog mit den Partnerländern in der Afrikanischen Union ganz oben auf die Tagesordnung setzen. Die Regierungen sollen gemeinsam für jedes Kind den Zugang zu Bildung sicherstellen, für genügend Schulen und guten Unterricht sorgen.

4. Über Afrika informieren!

Kinder in Deutschland müssen im Schulunterricht mehr über die Situation der Kinder in den Entwicklungsländern erfahren. Entwicklungspolitische Bildung und Kinderrechte gehören verpflichtend in alle Lehrpläne ab der Grundschule.

Das UNICEF-Bildungsprogramm „Schulen für Afrika“

Ein guter Platz in der Schule für jedes Kind. Das ist das Ziel, das sich UNICEF mit dem Bildungsprogramm „Schulen für Afrika“ zusammen mit der Nelson-Mandela-Stiftung und der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts gesetzt hat. 3,6 Millionen Kinder haben seit dem Start 2004 mit Hilfe vieler Spender in Deutschland schon einen guten, kinderfreundlichen Platz in der Schule erhalten.

Alle Informationen unter www.schulenfuerafrika.de

* Nach den Zahlen des Weltbildungsberichts 2010 könnte der Beitrag, den Deutschland leisten sollte, höher ausfallen. Demnach ist der Finanzierungsbedarf für weltweite Grundbildung im Vergleich zu 2007 um fast die Hälfte gestiegen.